

TOP 5

Gremium	Termin	Status
Bau- und Grundstücksausschuss	30.10.2023	öffentlich

Vorlage der Verwaltung

Verbindung Bildungscampus - Hauptbahnhof (Umweltverbundbrücke)

Vorlage Nr.: 20237044

ANTRAG

Der Bau- und Grundstücksausschuss möge beschließen:

Es werden Planungen für die Maßnahme eines Brückenneubaus über den Hauptbahnhof Ludwigshafen für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen (Umweltverbundbrücke) durchgeführt. Der Bereich Tiefbau beauftragt die Bauprojektgesellschaft Ludwigshafen mbH (BPG) mit der weiteren Bearbeitung des Projektes.

1. Vorbemerkungen

Im Bau- und Grundstücksausschuss vom 23.11.2020 wurde zum Sachstand Öffnung Posttunnel und alternativer Bau einer Brücke Stellung genommen. Hierbei wurde aufgezeigt, dass die Nutzung des Tunnels als Fuß- und Radwegführung gemäß den Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen nicht möglich ist.

Aus diesem Grunde wurde die Prüfung der Möglichkeit zum Bau einer Brücke zwischen dem Bildungscampus und dem Hauptbahnhof weiterverfolgt.

Die Deutsche Bahn hat vorgeschlagen, zu prüfen, ob von dieser Brücke aus auch die Bahnsteige für Fahrgäste erschlossen werden können.

Hierzu wurde eine Machbarkeitsstudie mit der Untersuchung von unterschiedlichen Varianten in Auftrag gegeben.

Die Ergebnisse liegen nun vor und werden in dieser Vorlage erläutert. Es wurden vier Lagevarianten mit diversen Randbedingungen untersucht, hierbei haben sich zwei mögliche Lagevarianten herauskristallisiert.

Durch die Gleisanlagen und verschiedenste Grundstückseigentumsverhältnisse bei der Deutschen Bahn ist der Handlungsspielraum eingeschränkt.

2. Begründung der Maßnahme/ Unabweisbarkeit

Im Zuge der Verkehrswende soll auch Ludwigshafen für den Radverkehr attraktiver gestaltet werden.

Es bestehen Planungen zu Pendlerradrouten/Schnellverbindungen (übergeordnete Radwegenetze) in Abstimmung mit dem Land und den Anliegerkommunen.

Die Brücke über die Bahnschienen südlich des Hauptbahnhofs wird eine wichtige Verbindungsachse sein und stellt einen erheblichen Beitrag zur Mobilitätswende und zur CO2 Reduzierung dar.

3. Durchführung der Maßnahme

Aufsetzend auf der vorliegenden Machbarkeitsstudie wird die BPG mit der weiteren Projektdurchführung der Maßnahme beauftragt. Diese wird ein VgV-Verfahren (Vergabeverordnung)anwenden, um ein Ingenieurbüro zu beauftragen, das im nächsten Schritt die Grundlagenermittlung und Vorplanung durchführt.

Die Ergebnisse der Vorplanung werden den städtischen Gremien (Ortsbeirat, BGA) zur Auswahl vorgestellt. Nach Zustimmung der Gremien zur Vorplanung wird die Entwurfsplanung mit dem Zuwendungsantrag erarbeitet.

Nach Bewilligung der Zuwendungen kann der Stadtrat das Projekt genehmigen.

Der Ingenieurvertrag wird in Stufen erstellt, so dass nach einer Entscheidung zur jeweiligen Stufen der Planungen sofort weitergearbeitet werden kann, aber auch die Möglichkeit zur Beendigung des Vertrages besteht. Die einzelnen Stufen werden sein:

- 1. LP1 bis LP 2 (Grundlagen, Vorplanung)
- 2. LP 3 bis LP 4 (Entwurf- und Genehmigungsplanung)
- 3. LP 5 bis LP 9 einschl. Bauüberwachung (Ausführung)

4. Terminplanung

1. VGV-Verfahren:

2. Beauftragung Planungsbüro:

3. Fertigstellung Vorplanung mit DB:

4. Fertigstellung Entwurfsplanung / Zuwendungsantrag:

5. Antrag auf Planfeststellung:

6. Bewilligung von Zuwendungen:

7. Stadtratsbeschluss Maßnahme:

8. Planfeststellungsbeschluss liegt vor:

9. EU-weites Vergabeverfahren für die Bauleistung:

10. Beauftragung Baufirma:

11. Einweihung der Brücke:

9 Monate

Oktober 2024

Oktober 2025

Dezember 2026

Januar 2027

bis Januar 2028

März 2028

Januar 2031

6 Monate

Januar 2032

Juli 2033

5. Finanzierung

Die Gesamtkosten werden auf ca. 36 Mio. € geschätzt, davon entfallen ca. 6 Mio. € für Planungsleistungen.

Die Finanzierung erfolgt aus dem Finanzhaushalt, Investitionsnummer: 0444129301 "Verbindung Bildungscampus Hauptbahnhof (Umweltverbundbrücke)", Kostenstelle: 41410001, Kostenträger: 5410101

Für die Planungsleistungen bis zur Fertigstellung der Entwurfsplanung werden 1,7 Mio. € angesetzt.

6. Mittelbedarf

Die Mittel werden wie folgt benötigt:

Haushaltsjahr	erforderlicher Betrag	VE
2023 2024 2025	0 Euro 300.000 Euro 650.000 Euro	300.000 Euro 650.000 Euro 750.000 Euro
2026 7	750 000 Euro	

7. Verfügbare Mittel

Auf der Investitionsnummer 0444129301 sind zurzeit keine Mittel verfügbar. Die notwendigen Mittel in der Höhe von 1.700.000 Euro können aus der Investitionsnummer 0444019200 (Radverkehr) gedeckt werden.